

# Rückkehr der Rohingya bleibt eine Illusion

Aus den Flüchtlingslagern in Bangladesh ist ein dauerhaftes Provisorium geworden – Burma will nichts von einer Repatriierung wissen

MANFRED RIST

Als Ende August 2017 die ersten Rohingya behelfsmässig Holzhütten auf seinem Land errichteten, half Mahmut den Flüchtlingen mit Material und versorgte sie mit Lebensmitteln. «Sie sind unsere Nachbarn und Glaubensbrüder, und sie sind in Not», erklärte er uns damals wohlwollend. Seit den achtziger Jahren komme es immer wieder zu Flüchtlingswellen über die Grenze und die lokale Bevölkerung von Cox's Bazar habe den Rohingya stets geholfen, fügte er an.

Mahmuts Haus stand auf einer Anhöhe entlang der Strasse, die mitten durch Kutupalong führte. Am Fusse des kleinen Hügels schlängelte sich hinter Büschen ein Bach, an dessen Ufern auch Bambus wuchs. Heute, drei Jahre später, gibt es in Kutupalong laut Anwohnern kein solches Idyll und keine bewaldeten Haine mehr. Inzwischen ist alles abgeholzt, und auf mehreren Quadratkilometern ist das weltweit grösste Flüchtlingslager entstanden. Über 600 000 Rohingya leben heute dort. Auch das Grün der Felder ist verschwunden, und über den hellbraunen Lehm Böden und Hügeln erstrecken sich Hütten bis an den Horizont, wie uns am Telefon berichtet wird. Weiter südlich in Richtung burmesischer Grenze schliessen sich kleinere Lager an, die zusammen nochmals etwa 200 000 Flüchtlinge zählen.

## Misstrauen und Animositäten

Verändert hat sich inzwischen auch die anfängliche Willkommenskultur der Bangalen im südöstlichen Zipfel von Bangladesh: Durch die Versorgung der Flüchtlinge und den Ausbau der Lager sind für sie zwar durchaus neue Geschäftsmöglichkeiten entstanden. Doch die Preise vieler Lebensmittel sind gestiegen, und die Hilfsorganisationen kümmern sich zum Leidwesen vieler Einheimischer nun in erster Linie um die Flüchtlinge. Weil Rohingya-Männer zudem Jobs für die Hälfte des Preises ausführen, sind die Löhne der Einheimischen unter Druck geraten. Das sorgt für Spannungen. Neben wirtschaftlich bedingten Friktionen gibt es wachsende ökologische und sanitäre Herausforderungen. Und seit Wochen sorgt nun auch noch die Angst vor Covid-19 für Misstrauen und Animositäten zwischen den Alteingesessenen und den Zuzüglern.

Als burmesische Streitkräfte am 25. August 2017 in dem mehrheitlich von muslimischen Rohingya besiedelten Rakhine mit ihrer Vertreibungsaktion begannen, hatte Bangladesh einmal mehr grosszügig die Grenze geöffnet. Täglich kamen Tausende. Viele der völlig erschöpften und traumatisierten Flüchtlinge hatten tagelange Marsche hinter sich und richteten sich provisorisch entlang von Flüssen und zwischen Reisfeldern ein. Alle – die Flüchtlinge, die einheimische Bevölkerung, die Regierung in Bangladesh und die schockierte Welt – glaubten zunächst, dass es sich um eine temporäre Ausnahme handele. Dhaka drängte entsprechend auf ein bilaterales Repatriierungsabkommen mit Burma, das prompt schon im November 2017 unterzeichnet wurde, dann aber ohne Folgen blieb.

In den insgesamt 34 Camps leben laut offiziellen Angaben derzeit 860 365



In Bangladesh leben über 800 000 Rohingya-Flüchtlinge – im Bild das Balukhali-Camp in Cox's Bazar. MOHAMMAD PONIR HOSSAIN / REUTERS



Vier Fünftel der Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesh sind Frauen und Kinder. ALLISON JOYCE / GETTY

Rohingya-Flüchtlinge, vier Fünftel von ihnen Frauen und Kinder. Die burmesische Regierung, die wegen der Vertreibung und der damit einhergehenden Greuelthaten der Streitkräfte international am Pranger steht, machte in den vergangenen drei Jahren nie grosse Anstalten, auch nur einem Bruchteil der Flüchtlinge die Rückkehr zu ermöglichen. Mit jedem Jahr verfestigt sich damit der Istzustand entlang der Andamanenküste: Bangladesh, ein Entwicklungsland, das schon genügend wirtschaftliche, klimatische und ökologische Herausforderungen meistern muss, trägt noch immer die Hauptlast der menschlichen Flut, die sich im Süden über die Grenze ergossen hat.

## Pandemie als neues Hindernis

Barbara Dietrich, Programmkoordinatorin für Bangladesh bei der Entwicklungsorganisation Helvetas, räumt ein, dass das international propagierte «Recht auf Rückkehr» für fast eine Million Flüchtlinge derzeit nur noch auf dem Papier bestehe. Früher seien auf burmesischer Seite administrative Hürden aufgebaut und sicherheitspolitische Bedenken angeführt worden. Jetzt sei mit der Corona-Pandemie ein neues

Hindernis aufgetaucht, das Rückführungen vorderhand illusorisch mache. Not und Perspektivenlosigkeit hätten dadurch weiter zugenommen.

Die offiziellen Corona-Zahlen in den Flüchtlingslagern sind zwar noch nicht alarmierend: In der Region Cox's Bazar sind bisher 3600 Fälle registriert worden, 79 davon unter Rohingya-Flüchtlingen. Doch die Hilfsorganisationen vor Ort gehen von hohen Dunkelziffern und steigenden Infektionszahlen aus. Dabei falle ins Gewicht, dass weder die medizinische Versorgung genügend noch die Isolation oder die Quarantäne praktikabel seien, schreibt Helvetas. Internationale NGO wie World Vision und Unicef warnen derzeit wegen Covid-19 vor anstehenden Budgetkürzungen, was die ohnehin Schwächsten treffen werde. Kindern, die rund die Hälfte der Flüchtlinge ausmachen, drohe das Schicksal einer staatenlosen und verlorenen Generation.

Burmesen, unter ihnen die Aussenministerin und De-facto-Staatschefin Aung San Suu Kyi, betrachten die Rohingya im Teilstaat Rakhine pauschal als illegal Zugewanderte, bezeichnen sie abschätzig als «Bengali» und wollen ihnen selbst die elementaren Bürgerrechte vorenthalten. Für die grosse

Mehrheit der Flüchtlinge ist indessen klar, wo ihre Heimat ist und wohin sie zurückkehren wollen: in ihre Dörfer, wo ihre Familien zum Teil seit Generationen lebten, Felder bestellten, Vieh hielten und Handel mit vorwiegend landwirtschaftlichen Produkten betrieben.

## Verdacht auf Völkermord

Wie die Lebensbedingungen dort inzwischen sind, wissen indessen nicht einmal Hilfsorganisationen, die in Burma präsent sind, bleiben die gebrandschatzten Gebiete doch weitgehend abgeriegelt. Entsprechend schwer wiegt der Verdacht, der seit drei Jahren über den burmesischen Streitkräften sowie der Regierung in Naypyidaw liegt: ethnische Säuberung und Völkermord. Laut Untersuchungen sind 2017 etwa 10 000 Rohingya durch die Armee oder durch fanatische Milizen getötet worden. Dass es zu Exekutionen und anderen Greuelthaten kam, wird heute nicht einmal mehr von der burmesischen Armee bestritten.

Was heisst unter diesen Umständen eigentlich «Recht auf Rückkehr»? Rechtsvertreter der Rohingya, Hilfsorganisationen wie Refugees International oder die Internationale Organisation für Migration (IOM) sind sich

weitgehend einig, dass eine Rückkehr der Flüchtlinge an drei Bedingungen gebunden werden muss. Freiwilligkeit: Die Flüchtlinge dürfen nicht gegen ihren Willen repatriert werden. Sicherheit: Burma müsste Gewähr für die Sicherheit der Heimkehrer leisten. Staatsbürgerschaft: Anstelle der verpönten «National Verification Card» (die keine Bürgerrechte in Burma verkörpert) sollen Rohingya in den Genuss der burmesischen Staatsbürgerschaft kommen. Letzteres würde die Anerkennung der Rohingya als eine der zahlreichen Minderheiten im Vielvölkerstaat bedeuten.

## Arakan Army im Visier

Derzeit deutet aber nichts darauf hin, dass die Verantwortlichen in Burma auf solche Forderungen eingehen werden. Die in Rakhine verankerte Arakan Army (AA), die für «Selbstbestimmung» kämpft und unter den Rohingya durchaus Sympathien genießt, ist

Für die grosse Mehrheit der Flüchtlinge ist klar, wo ihre Heimat ist: Sie wollen in ihre Dörfer zurückkehren, wo ihre Familien zum Teil seit Generationen lebten.

unlängst als Terrororganisation eingestuft worden. Andere bewaffnete Verbände ethnischer Minderheiten im Norden und im Osten des Landes werden von burmesischen Generälen wenigstens als ordentliche Armeen und als Gesprächspartner behandelt. Nicht so die Arakan Army, ihr gegenüber verfolgen die Streitkräfte mittlerweile nur noch das Ziel der totalen Vernichtung. Dass eine andere Rebellenarmee, nämlich die Arakan Rohingya Salvation Army (Arsa), im August 2017 mit Überfällen auf Polizeiposten den Anlass zur Vergeltung und zur Vertreibungen lieferte, passt zum offiziellen Narrativ, dass in Rakhine die Nation im Allgemeinen und die Sicherheit der dort ansässigen buddhistischen Bevölkerung im Speziellen verteidigt werden müssten.

## Burma hat andere Sorgen

Tatsächlich stehen die Chancen auf eine Verhandlungslösung und eine Rückkehr der Flüchtlinge derzeit so schlecht wie nie: Die Welt steht im Banne von Covid-19, und auch Burma, wo das Schicksal der Rohingya nie Emotionen weckte, hat andere Sorgen. Auch in Burma, wo offiziell 409 Covid-19-Fälle ausgewiesen werden, weist die Kurve der Infektionen nach oben. In Sittwe, der Hauptstadt Rakhines, wurde deswegen ein nächtliches Ausgangsverbot erlassen, und die Flüge nach Rangun sind drastisch reduziert worden. Wie andere Entwicklungsländer steht auch Burma wegen der Corona-Krise vor gewaltigen wirtschaftlichen Problemen. Und wie in anderen südostasiatischen Ländern findet auch dort eine noch stärkere Rückbesinnung auf Eigeninteressen und Nationalismen statt.

Und was meint Bangladesh zum Status quo? Masud bin Momen, ein früherer Diplomat, der jetzt als Foreign Secretary eine führende Position im Aussenministerium bekleidet, wies diese Woche anlässlich eines Seminars Anspielungen auf eine stärkere lokale Integration der Rohingya zurück. Das sei keine Lösung und zementiere zudem Unrecht, betonte er. Selbst wenn einige andere Länder ein paar Rohingya aus den Lagern aufnähmen, sei dies letztlich keine Entlastung. Bangladesh fordert vielmehr eine Wiederaufnahme der Flüchtlinge durch das Nachbarland.



NZZ / pab.